



Bundesverband der  
Migrantinnen  
in Deutschland e.V.

[www.migrantinnen.org](http://www.migrantinnen.org)  
[info@migrantinnen.org](mailto:info@migrantinnen.org)

Frankfurt am Main /  
17.02.2006

# Stellungnahme zum aktuellen Stand der Debatte um Zwangsverheiratung und Gewalt gegen Frauen

Die Diskussion um Zwangsverheiratung und Gewalt gegen Frauen hat in den vergangenen Tagen eine höchst brisante Stufe erreicht. Der Mord an der türkischstämmigen Hatun Sürücü entfachte eine regelrechte Flutwelle an Reaktionen und Maßnahmen, die sich in diesen Tagen zu einer schmutzigen Schlacht entwickelt hat.

Wir, der Bundesverband der Migrantinnen, sind besürzt und empört über die Art und Weise, in der die aktuelle Debatte um Zwangsverheiratung und Gewalt gegen Frauen geführt wird. Erkenntnisse langjähriger Migrationsforschung werden mit einem Schlag als unwissenschaftlich und realitätsfremd degradiert. Stattdessen stützen sich Vertreter aus Politik und Medien auf zwei, drei Frauen mit migrantischem Hintergrund. Doch gerade in diesem Punkt besteht ein großer Widerspruch: Die, die im Mittelpunkt der gegenwärtigen Debatte stehen, werden nicht zu Wort gelassen. Es sind einzelne Frauen, wie Seyran Ates und Frau Necla Kelek, die als selbsternannte Vertreter von Migrantinnen, in die Öffentlichkeit treten und deren Aufmerksamkeit "genießen". Sie sprechen im Namen der Migrantinnen und sind es doch nicht !

Auch Frau Alice Schwarzer scheint in mitten dieser Diskussionen ihre vermeintliche Nächstenliebe für Migrantinnen entdeckt zu haben. Impulsiv und sichtbar erregt, verteidigt sie die Linie ihrer tür-

kischstämmigen Mitstreiterinnen Kelek und Ates gegen den offenen Brief von Frau Karakasoglu und Herr Terkessidis, der von 60 Migrationsforschern unterzeichnet wurde: "(...) Die Autoren des "Offenen Briefes" in der "Zeit" sind nach eigenen Angaben "Migrationsforscher", also aus einer Branche, die unter den Fittichen rotgrüner Multi-Kulti-Förderung boomte. Sie haben es jahrelang verstanden, mit ihrem politisch korrekten "Dialog" und ihrem Anti-Rassismus-Diskurs die wirklichen Verhältnisse zu verschleiern. (...) (FAZ, 11.02.06)

Es kann nicht das Ergebnis 50 jähriger Migration sein, Einzelerfahrungen auf die Gesamtheit der hier lebenden Migrantinnen zu verallgemeinern. Diese Herangehensweise ist unseriös und hat mit wissenschaftlicher Analyse nichts mehr zu tun. Es ist ebenso fatal, Personen und Vereine, die seit Jahren versuchen, ehrliche und bedeutende Integrationsarbeit und Forschung zu leisten, schlichtweg als "multi-kulti" oder gar als "rassistisch" zu diffamieren und ihnen Absichten von Verschleierungen zu unterstellen. Diese Haltung ist verantwortungslos und fragwürdig.

Gewalt gegen Frauen und Zwangsverheiratungen sind ernsthafte Probleme der Migrantinnen. Es ist ein Verstoß gegen das Menschenrecht. Es ist aber falsch, eine Linie zu verfolgen, die Migrantinnen und Migranten als Opfer und Täter pauschalisiert, ohne auf ihre ökonomischen, sozialen und kulturel-

len Hintergründe einzugehen. Forschung bedeutet nämlich auch, Ergebnisse auf ihre Ursachen hin zu analysieren und zu kommentieren - bevor der nächste Schritt gemacht wird, diese durch Beobachtungen zu bestätigen bzw. in Frage zu stellen. ("Forschung heißt auch, Ergebnisse durch Beobachtung in Frage zu stellen", Necla Kelek in "Sie haben das Leid anderer zugelassen", veröffentlicht in: Die Zeit, 09.02.06).

Es ist kurios. Der Integrationsdiskurs ist seit den Ereignissen vom 11. September bestimmt durch eine zunehmende Distanzierung gegenüber Migranten. Die absurden Ideen Huntington's vom "Kampf der Kulturen" wirft seinen dunklen Schatten – sowohl außenpolitisch als innerstaatlich. Die aktive Rolle der Politik und der Medien ist unübersehbar. Religionen werden als Argumente für Provokationen, Konflikte und Kriege vorgeschoben. Die Diskussion um Zwangsverheiratung und Gewalt gegen Frauen dient in der Art und Weise, wie sie derzeit geführt wird, als weiterer Katalysator für Unsicherheit, Vorurteile und Feindlichkeit.

Wir, der Bundesverband der Migrantinnen, verurteilen jegliche Vorhaben, Menschen verschiedener Religionszugehörigkeit, gegeneinander aufzuhetzen.

Wir fordern eine konstruktive und sachliche Diskussion um Integration, die konkrete Lösungsansätze zu deren Verbesserung formuliert.

Was betroffene Frauen wirklich brauchen sind

- Akzeptanz und Anerkennung in der Gesellschaft
- Eine chancengleiche und gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben
- Aufenthaltsrechtliche Verbesserungen
- Arbeits- und Aufenthaltsrecht unabhängig vom Ehepartner
- Rückkehrrecht nach Deutschland über die bisherigen sechs Monate hinaus, wenn sie im Ausland zwangsverheiratet worden sind
- Hilfsangebote und Maßnahmen, die ihnen umfassenden Schutz und Perspektiven auf ein gleichberechtigtes und unabhängiges Leben bieten.

Sidar Demirdögen

Vorsitzende des Bundesverbandes der Migrantinnen in Deutschland

17.02.2006